

5

Hamburg – Wasserversorgung für eine Zweimillionenstadt

Inhalt:

Geschichte	2
Cholera in Hamburg	3
Wasserversorgung heute.....	5
Aufgaben der Wasserversorgung einer Millionenstadt.....	6
Wassersparen lohnt sich	8
Wassersparen – noch sinnvoll?	9
Hamburg und die Privatisierungsdebatte.....	10

Autor:
Frank Kürschner-Pelkmann

Herausgegeben von:
Brot für die Welt
Stafflenbergstr. 76
70184 Stuttgart

wasser@brot-fuer-die-welt.org
www.menschen-recht-wasser.de

2. aktualisierte Auflage
Stuttgart, Oktober 2004

Geschichte

Hamburg entstand an den sumpfigen Ufern von Elbe und Alster. Die Lage am Wasser hat die Hansestadt mit vielen älteren deutschen Städten gemeinsam. Wasser war der wichtigste Transportweg für alle Güter über eine größere Entfernung, es bot die Möglichkeit, sich mit breiten Gräben (und Wällen) gegen Feinde zu schützen und es lieferte die Kraft zum Betreiben von Mühlen. Im Falle von Hamburg erwies es sich als förderlich, dass der kleine Ort an einer Stelle der Elbe lag, wo sie – wenn auch mühsam – durch Furten überquert werden konnte. Die Lage an Fernstraßen und zugleich am Übergang von einem verzweigten Flusssystem zum Meer begünstigte den Aufstieg zu einem wichtigen Handelszentrum. Die verschiedenen Wallanlagen (vor allem die gewaltigen Festungsanlagen des 17. Jahrhunderts) bezogen jeweils das Wasser der Elbe und seines Nebenflusses Alster in die Verteidigungsmaßnahmen mit ein. Die Nutzung von Wasser als Kraftquelle gab der Innenstadt ihr heutiges Gepräge, denn 1189 wurde die Alster aufgestaut, um eine Wassermühle zu betreiben. So entstand ein künstlicher See, der heute als Binnen- und Außenalster bekannt ist.

Wasser bedeutete aber zugleich auch Gefahr, vor allem durch große Überschwemmungen, die besonders die Bewohner der Elbinseln am Rande des Hamburger Stadtgebiets immer wieder trafen. Die Schäden hielten sich meist in Grenzen, weil das Elbtal bei Hamburg breit war und das Wasser sich über große Flächen verteilen konnte. Das hat sich durch die Eindeichungen der letzten Jahrhunderte und besonders der letzten Jahrzehnten stark geändert, was zu einem wesentlichen Teil erklärt, warum der Wasserstand bei Sturmfluten wie bei denen von 1961 und 1976 so hoch stieg. Hamburg liegt in dem Bereich der Elbe, in den kein Meerwasser mehr vordringt, wo aber das hereindrückende Nordseewasser bei Flut und das so gestaute Flusswasser zu einem relativ großen Tidenhub (Unterschied zwischen Ebbe und Flut) führen.

Wasser bedeckt heute 8 Prozent der Fläche der Hansestadt Hamburg, wovon etwa die Hälfte auf die Elbe und die Hafengebiete entfallen. Nur 2,2 Prozent des Elbufers auf Hamburger Gebiet sind noch „eingeschränkt naturnah“.¹ Mindestens ebenso stark haben sich die menschlichen Eingriffe auf die Quellen und Bäche ausgewirkt. Noch im 19. Jahrhundert gab es im Norden, Osten und Westen des heutigen Stadtgebietes zahlreiche Quellen, die Bäche speisten und auch zur Trinkwasserversorgung dienten. Daran erinnern heute meist nur noch Straßennamen. Die Trockenlegung großer Gebiete und das durch vielerlei Eingriffe verursachte Absinken des Grundwasserspiegels haben dazu geführt, dass heute keine dieser Quelle im Innenstadtbereich mehr zur Trinkwasserversorgung herangezogen werden kann.

Die Wasserversorgung Hamburgs war seit dem Mittelalter dadurch bestimmt, dass die politisch mächtige Gruppierung in der Stadt die Kaufleute waren, die ein großes Interesse daran hatten, dass die Steuerbelastung gering blieb. Deshalb war die Wasserversorgung bis Mitte des 19. Jahrhunderts Privatsache, und erst Ende des 19. Jahrhunderts wurde ein flächendeckendes und modernes Wasserversorgungssystem für die ganze Stadt geschaffen. Bereits 1370 schlossen sich reiche Bürger zu einer „Feldbrunnen-Interessenschaft“ zusammen und erhielten ihr Wasser von einer Quelle durch eine Rohrleitung aus Holz. Die ärmere Stadtbewölkerung schöpfte ihr Trinkwasser vor allem aus den Fleeten, also den Kanälen, die die Stadt durchzogen und die zugleich auch Schifffahrtswege zu den Lagerhäusern der Kaufleute waren und die in großem Umfang zur Entsorgung des Abwassers dienten. Mit wachsender

¹ Vgl. Umweltbehörde Hamburg: Kursbuch Umwelt, Ziele für ein zukunftsfähiges Hamburg, Hamburg 2001, S. 72

Bevölkerung musste das hygienische Probleme aufwerfen, das die Reichen der Stadt dadurch lösten, dass sie private Wasserversorgungsnetze bauten, für die sie Quellwasser oder Wasser aus der Alster nutzten. Das Alsterwasser wurde allerdings auch immer schlechter, seit sich an dem Hamburger Binnensee im 19. Jahrhundert auch Fabriken ansiedelten, vor allem eine große Kattunfabrik. Den Armen blieben die Fleete oder der Kauf von Wasser von Wasserträgern, die es von den Quellen oder – wenn sie bequem waren – aus den Fleeten holten. Das berühmte Stadtoriginal Hummel war einer dieser Wasserträger.²

Erst nach dem großen Brand von 1842 wurde auf Initiative des britischen Ingenieurs David Lindley eine zentrale Wasserversorgung geschaffen, bestehend aus einem Wasserwerk an der Elbe oberhalb der Stadt und einem ausgedehnten Leitungsnetz. Dem gingen heftige öffentliche Debatten darüber voraus, ob die Wasserversorgung privat bleiben oder vom Staat übernommen werden sollte. Lindley und die anderen Verfechter der öffentlichen Versorgung konnten sich durchsetzen, und die Argumente des englischen Ingenieurs sind bis heute aktuell geblieben. Es gelte eine Versorgung sicherzustellen, „die Rücksicht auf die unvernünftigen Classen der Bevölkerung“ nimmt. Lindley fügte hinzu: „Es bedarf bei dem letztgenannten Punkte keine Auseinandersetzung der wohlthätigen Folgen, welche eine reichliche Wasserversorgung auf die Gesundheit äußert, wohl aber eine Hervorstellung des Unterschiedes zwischen einer Überlassung des Wassers an die Unvernünftigen entweder durch den Staat oder durch eine Interessentenschaft.“³

1844 nahm die „Stadt-Wasserkunst“ ihre Tätigkeit auf, aus der später die heutigen Hamburger Wasserwerke hervorgingen. Es entstand eines der modernsten Systeme Europas mit großen Becken, in denen die im Elbwasser enthaltenen Schwebstoffe sich absetzten, bevor das Wasser in einen Wasserturm gepumpt und dann über ein Leitungsnetz verteilt wurde. Aus Kostengründen verzichtete man allerdings auf eine Filterung des Wassers, das wäre dem Senat der Stadt zu teuer geworden.

Diese Kosteneinsparung wirkte sich fatal aus. Zwar lag das Wasserwerk oberhalb der Stadt, aber bei Flut wurde das Wasser einschließlich der städtischen Abwässer flussaufwärts gedrückt und geriet so auch in das Trinkwasser. Das hat der Cholera-Epidemie von 1892 erst ihre katastrophalen Ausmaße gegeben. Hinzu kamen die unbeschreiblichen hygienischen Verhältnisse in den riesigen Armenvierteln der Stadt, dem sogenannten Gängeviertel. Nachdem er die Zustände in den armen Wohnquartieren der Stadt kennen gelernt hatte, erklärte Robert Koch: „Ich vergesse, dass ich mich in Europa befinde.“⁴ Bei der Epidemie starben mehr als 8.000 Menschen.⁵

Cholera in Hamburg

In nur fünfzig Jahren verdreifachte sich die Bevölkerung Hamburgs, so dass die Stadt 1890 mehr als 600.000 Einwohner hatte. Wie in den heutigen Metropolen im Süden der Welt lebten viele Menschen in Slums, die man im Hamburg des 19. Jahrhunderts Gängeviertel nannte. Die schlecht gebauten, feuchten Häuser standen dicht nebeneinander und zwischen ihnen blieben nur schmale Gänge, in die höchst selten ein Sonnenstrahl drang. Das Leben in diesen Vierteln war hart, gefährlich und ungesund. Es fehlte eine öffentliche Wasserversorgung, so dass viele Bewohner sich in Eimern das Wasser aus den Fleeten, den zahlreichen kleinen Ka-

² Vgl. hierzu Alfred Meng: Geschichte der Hamburger Wasserversorgung, Hamburg 1993, S. 15ff.

³ Zitiert nach: Alfred Meng, Geschichte der Hamburger Wasserversorgung, a.a.O., S. 56

⁴ Zitiert nach: Ernst Christian Schütt: Die Chronik Hamburgs, Dortmund 1991, S. 320

⁵ Eine ausführliche Darstellung der Cholera in Hamburg und ihrer Ursachen findet sich in dem Buch „Der blaue Tod – Die Cholera in Hamburg 1882“, herausgegeben von Antje Kelm (Hamburg 1992)

nälen der Stadt, holten. In diese Fleete flossen aber auch die Abwässer der Stadtbewohner und der wachsenden Industrie. Viele Häuser und Villen erhielten seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen privaten Wasseranschluss, etwas Ärmere konnten noch auf einen Gemeinschaftsanschluss in ihrer Mietskaserne hoffen, aber bis in die Häuser des Gängeviertels kam das Leitungswasser nicht, die Bewohner konnten nur einige Wasserzapfstellen nutzen. Diese Stadtteile sollten abgerissen werden, galten als Schandfleck der Stadt und ihre Bewohner waren alles andere als wohlgelittene Bürger der stolzen Stadt. Aber auch das Trinkwasser aus der Leitung war von zweifelhafter Qualität, so dass ein Zoologe 1885 eine wissenschaftliche Arbeit zum Thema „Die Fauna der Hamburger Wasserleitung“ vorlegen konnte.

Anlass für den Ausbruch der Krankheit im August 1892 war die damalige Globalisierung. Hamburg besaß einen der größten Häfen der Welt, und mit einem der Schiffe kam die Krankheit in die Stadt. So jedenfalls die eine Theorie. Andere waren überzeugt, dass einige der vielen Tausend Auswanderer, die über Hamburg nach Amerika fuhren, die Cholera aus Osteuropa eingeschleppt hätten. Dass sich die Krankheit so rasch ausbreitete, war „hausgemacht“, lag an den schlechten hygienischen Zuständen in der Stadt. Im heißen Sommer 1892 fanden die Cholera-Bazillen ideale Bedingungen vor, um sich rasch auszubreiten. Selbst das städtische Wasserversorgungssystem war betroffen. Die Stadt hatte nämlich aus Kostengründen auf Filter verzichtet und diese Investition immer wieder hinausgezögert, bis es zu spät war. Mit jeder Flut wurden die ungereinigten Fäkalien der Stadt den Elbfluss hinaufgeschoben und gelangten bis zu der Stelle, wo Elbwasser für das städtische Wasserwerk aus dem Fluss gepumpt wurde. Damit war nach Ausbruch der Krankheit ein Cholera-Kreislauf geschlossen, der für mehr als 8000 Stadtbewohner tödlich endete.

Dass die Krankheit so katastrophale Folgen hatte, lag auch daran, dass die politischen Verantwortlichen der Stadt die Krankheit zunächst vertuschen wollten, weil die Mitteilung über den Ausbruch der Cholera sofort eine Quarantäne zur Folge hätte, mit großen wirtschaftlichen Nachteilen für die Kaufleute. Aber als Hunderte von Menschen erkrankten und starben, war nichts mehr zu verschweigen, und die Reichsregierung schritt energisch ein. Nicht nur wurde eine Quarantäne verordnet, sondern es wurde auch der bekannte Mediziner Robert Koch von Berlin nach Hamburg geschickt, um die dortigen Verhältnisse zu untersuchen und Vorschläge für den Kampf gegen die Seuche zu machen. Nachdem er die Zustände in den armen Wohnquartieren der Stadt kennen gelernt hatte, erklärte Robert Koch: „Ich vergesse, dass ich mich in Europa befinde.“

Robert Koch hatte durch Forschungen nachgewiesen, dass die Cholera über das Wasser verbreitet wird und war deshalb besonders entsetzt über den Zustand der Wasserversorgung und die fehlende Abwasserentsorgung in großen Teilen der Stadt. Ein Schritt zur Bekämpfung der Krankheit bestand deshalb darin, durch das Bohren von Brunnen und den raschen Einbau von Filtern im städtischen Wasserwerk die Versorgung grundlegend zu verbessern. Auch wurden die Bewohner aufgefordert, das Trinkwasser abzukochen und kostenlos verteiltes Brunnenwasser einer Brauerei zum Trinken und Kochen zu verwenden. Nach einigen Monaten klang die Krankheit ab, und jetzt tätigte der Senat endlich die Investitionen zur Verbesserung der Wasser- und Abwassersituation, die schon vorher dringend erforderlich gewesen waren. Bis sich die Lebenssituation der Armen der Stadt deutlich verbesserte, verging allerdings noch viel Zeit. Dabei hatte Robert Koch bei seinem Besuch entsetzt festgestellt: „Ich habe noch nie solche ungesunden Wohnungen, Pesthöhlen und Brutstätten für jeden Ansteckungskeim angetroffen wie in den Gängevierteln...“

Die Cholera-Epidemie hatte zur Folge, dass die Stadt wochenlang unter Quarantäne stand, was auch die Kaufleute schwer traf. Dies erklärt vielleicht, dass Ende des 19. Jahrhunderts endlich entschlossene Schritte unternommen wurden, um die Wasser- und Abwassersituation grundlegend zu verbessern. Das schon vorher begonnene Projekt des Baus von Filtern zur Elbwasseraufbereitung wurde beschleunigt zu Ende geführt.⁶ Aber auch mit einer Filterung des Wassers blieb das Problem der schlechten Qualität des Elbwassers, nachdem sich immer mehr Industrieunternehmen am Ober- und Mittellauf angesiedelt hatten und außerdem die wachsenden Städte große Mengen ungeklärten Abwassers in den Fluss einleiteten. Deshalb wurde im 20. Jahrhundert die Unabhängigkeit vom Elbwasser zu einem zentralen Ziel der Wasserversorgung Hamburgs.⁷ Es wurden systematisch neue Wasserwerke gebaut, aber erst von 1964 an wurde kein Elbwasser und anderes Oberflächenwasser mehr für die Trinkwasserversorgung eingesetzt.

Wasserversorgung heute

Im Hamburg sind Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf zwei selbständige Betriebe aufgeteilt, die Hamburger Wasserwerke (HWW) und die Hamburger Stadtentwässerung. Die HWW sind für die Wasserversorgung der Hansestadt und von mehr als zwei Dutzend Gemeinden im Umland verantwortlich. Es ist das größte kommunal betriebene Wasserunternehmen in Deutschland, nachdem die Berliner Wasser-Betriebe vor einigen Jahren privatisiert worden sind. Gemessen an der Zahl der Kunden ist es der drittgrößte Wasserversorger hinter den Berliner Wasser-Betrieben und der Gelsenwasser AG, die allerdings kein geschlossenes Versorgungsgebiet hat, sondern sich durch die Übernahme von früher kommunal betriebenen Wasserwerken über verschiedene Bundesländer ausgedehnt hat.⁸

Die HWW betreiben 19 Grundwasserwerke, von denen einige sich in Schleswig-Holstein und Niedersachsen befinden. Es gibt 480 Förderbrunnen, aus denen jährlich etwa 120 Millionen Kubikmeter Wasser gefördert werden. 2001 erzielte das Unternehmen einen Gewinn von 52,5 Millionen DM, was es ermöglichte, die Konzessionsabgaben an die Stadt Hamburg und die beteiligten Umlandgemeinden zu zahlen, die etwa in Höhe des Gewinns fällig wurden.⁹ Die HWW haben 1.630 Beschäftigte (Stand Ende 2001), einschließlich der Beschäftigten der Tochtergesellschaften.¹⁰

Die HWW haben über ein Tochterunternehmen die Verantwortung für die Hamburger Schwimmbäder übernommen. Es ist ein Geschäftszweig, der Defizite erwirtschaftet, was auch für andere öffentlich betriebene Bäder gilt, die mit relativ niedrigen Preisen zu Gesundheit und Wohlergehen auch der ärmeren Bevölkerung beitragen. Die Defizite werden aus den Gewinnen aus dem Wassergeschäft ausgeglichen, sicher kein attraktives Arrangement für einen möglichen privaten Betreiber der Wasserwerke, so dass zu erwarten wäre, dass hierfür Steuergelder eingesetzt werden müssten. 2001 wären 35,8 Millionen Euro Verlustausgleich fällig geworden.¹¹

1980 haben die HWW die Tochterfirma Consulaqua gegründet, die innerhalb Deutschlands und international Beratungsaufträge ausführt. Das Unternehmen ist in den Bereichen Wasser-

⁶ Vgl. Alfred Meng: Die Geschichte der Hamburger Wasserversorgung, a.a.O., S. 146

⁷ Vgl. ebenda, S. 158f.

⁸ Vgl. Wasser-Magazin, HWW, November 2001, S. 3

⁹ Vgl. HWW-Geschäftsbericht 2001, S. 23

¹⁰ Vgl. HWW-Geschäftsbericht 2001, S. 24

¹¹ Vgl. HWW-Geschäftsbericht 2001, S. 23

versorgung, Altlastensanierung sowie Unternehmens- und organisatorische Beratung tätig. Zu den Beratungsgegenständen im Jahre 2001 gehörten zum Beispiel eine Kläranlage im Jemen, das Management der Wasserversorgung in der Hauptstadt von Burkina Faso und die Sanierung des Wasserwerks in Soltau.¹² Der Umsatz der Consulaqua belief sich 2001 auf 3,7 Millionen DM. Die Firma ist also ein kleiner Akteur im globalen Wasserberatungssektor, aber gerade durch die Beratung bei kleineren Vorhaben wird ein Beitrag dazu geleistet, Alternativen zu der Übernahme des gesamten Wasserbereichs durch einige wenige global agierende Konzerne geleistet.

Aufgaben der Wasserversorgung einer Millionenstadt

Die HWW sind stolz darauf, dass sie ausschließlich Grundwasser für die Trinkwasserversorgung heranziehen. Die Nutzung von Flusswasser und Wasser aus Seen wurde bereits vor Jahren eingestellt, weil die Qualität nicht mehr ausreichend war. 60 Prozent des Grundwassers wird aus tiefen Wasserleitern geholt, wo sich die vielfältigen Schädigungen der Wasserqualität durch Industrie, Landwirtschaft und Haushalte (noch) nicht auswirken. Aber die Risiken sind groß. In einem grundlegenden Werk zur Hamburger Wasserversorgung schreibt Alfred Meng hierzu: „Bei nüchterner Einschätzung der Situation wurde schon vor vielen Jahren klar, dass mittel- und langfristig einige Wassergewinnungen so gefährdet sind, dass sie vermutlich ganz oder zum Teil aufgegeben werden müssen. 40 Prozent (!) werden langfristig als gefährdet eingestuft.“¹³

Um die Trinkwasserqualität langfristig zu sichern, und dies besonders in den Gebieten, wo oberflächennahes Grundwasser gefördert wird, haben die Stadt und die Wasserwerke in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Dabei wirkt sich positiv aus, dass kommunales Wasserunternehmen und städtische Verwaltung eng zusammenarbeiten. Ein wichtiger Schritt ist die Ausweisung von Wasserschutzgebieten, wo landwirtschaftliche und gewerbliche Tätigkeiten nur eingeschränkt möglich sind. Wie schwierig es ist, solche Schutzgebiete auszuweisen, lässt sich daran ablesen, dass gegen das erste dieser Vorhaben 894 Einwander zu Wort kamen.¹⁴ In einem Falle dauerten die Verfahren 23 Jahre, bis ein Schutzgebiet ausgewiesen werden konnte.¹⁵ Das städtische Konzept orientiert sich am Ziel der „Kooperation statt Konfrontation“. Die HWW haben eine landwirtschaftliche Fläche in ihrem Besitz im Nordosten Hamburgs bewusst an einen ökologisch wirtschaftenden Landwirt verpachtet, um sicherzustellen, dass es zu keinem Einsatz von Pestiziden etc. kommt.¹⁶ Die gezielte Förderung ökologisch arbeitender Landwirtschaftsbetriebe entsprach wiederum auch den umweltpolitischen Zielsetzungen der früheren rot-grünen Koalition in Hamburg.

Ein großes Problem stellen in der Industriestadt Hamburg die Bodenbelastungen mit Schadstoffen dar. Dies betrifft sowohl Deponien als auch die Flächen, die von Industriebetrieben genutzt worden sind. In der Deponie Georgswerder nahe der Autobahn und ganz in der Nähe eines damaligen Wasserwerkes wurden 1987 große Mengen Schwermetall entdeckt. Seither kann nur mit Millionenbeträgen verhindert werden, dass die zahlreichen giftigen Stoffe, die unter den Hausmüll gemischt wurden, in das Grundwasser eintreten. Dieses technisch aufwendig gestaltete Sanierungsprojekt hat Modellcharakter in Deutschland, zeigt aber auch, dass es Jahrzehnte oder Jahrhunderte dauern kann, bis sich die Belastung durch industrielle Abfälle abbauen lässt. Das frühere Werksgelände der Firma Boehringer im Osten der Stadt

¹² Vgl. HWW-Geschäftsbericht 2001, S. 76

¹³ Alfred Meng: Geschichte der Hamburger Wasserversorgung, a.a.O., S. 366

¹⁴ Vgl. Wasser-Magazin, HWW, Mai 1999, S. 16

¹⁵ Vgl. Alfred Meng: Die Geschichte der Hamburger Wasserversorgung, a.a.O., S. 366

¹⁶ Vgl. Wasser-Magazin, November 2001, S. 12ff.

ist ein weiteres bundesweit bekanntes Sanierungsprojekt, das Millionenbeträge gekostet und sich über Jahre hingezogen hat. Insgesamt gibt es in Hamburg 2.200 Flächen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie mit industriellen Altlasten die Umwelt und besonders das Trinkwasser gefährden.¹⁷ Wenn man sich fragt, wie gefährdet und wie aufwändig die Trinkwassergewinnung heute in einer Großstadt sind, müssen diese Belastungen und Kosten eingerechnet werden.

Zu den positiven Entwicklungen gehört, dass die Gewässerqualität in Hamburg in den letzten Jahren deutlich verbessert werden konnte. Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass in Tschechien und den neuen Bundesländern große Investitionen zur Verminderung der schädlichen Einleitungen getätigt wurden. Aber auch die Industriebetriebe in Hamburg selbst erfüllen inzwischen deutlich höhere Umwelanforderungen als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Positiv wirkt sich auch aus, dass sämtliche Einleitungen in die Elbe und ihre Nebenflüsse auf Hamburger Gebiet zum Teil gestoppt und zum Teil überprüft werden. Der „Elbebadetag“ und die Aussicht, bald wieder in der Alster schwimmen zu können, bringen zum Ausdruck, dass die Risiken für das Grundwasser durch versickerndes Flusswasser deutlich gesunken sind.

Einschränkend muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass in Hamburg, wie in anderen deutschen Städten, die Belastungen durch einzelne Unternehmen und einzelne giftige Stoffe zurückgehen, dafür aber die Gefahren durch diffuse Belastungen, die in das Fluss- und Grundwasser eindringen, ständig steigt. Es gibt mehr als 100.000 chemische Stoffe in unserer Umwelt und eine noch weit größere Zahl von neuen chemischen Reaktionen bei deren Zusammentreffen, die bisher nicht untersucht sind. Seit 1981 dürfen in der EU nur Chemikalien auf den Markt gebracht werden, die im Blick auf ihre Umweltwirkung untersucht sind, aber von den vielen Tausend „Altstoffen“ waren bis 2001 gerade einmal 22 (!) auf Umweltrisiken untersucht worden.¹⁸ Hier sind einzelne Wasserwerke und Umweltbehörden im EU-Raum völlig machtlos, zumal es kaum möglich ist, das Trinkwasser auf alle bestehenden Risikostoffe zu untersuchen. Ein konkreter Beitrag der Einzelnen kann darin bestehen, auf Haushaltschemikalien weitgehend zu verzichten und auf unbedenkliche Bioprodukte umzusteigen.

Einen Risikofaktor bilden zum Beispiel Medikamente, deren Reste in das Abwasser geraten und in bisherigen Kläranlagen nicht herausgefiltert werden. Negative Auswirkungen auf die Fischpopulation unterhalb von Kläranlagen gehen von Hormonverbindungen aus, die zum Beispiel in Antibabypillen enthalten sind. Auch in der Massentierhaltung eingesetzte Medikamente werden zunehmend ein Problem für das Grundwasser und die Fließgewässer. In Hamburg werden Stichprobenuntersuchungen des Trinkwassers und der Umwelt auf Arzneimittelüberbleibsel durchgeführt. Beim Trinkwasser hat Hamburg den Vorteil, dass ein Großteil des Wassers aus tief liegenden Wasserleitern gewonnen wird, die noch frei von solchen Schädigungen sind. Aber in einem Umweltbericht heißt es: „Die Gehalte an Arzneistoffen in den Oberflächengewässern Hamburgs liegen in der gleichen Größenordnung wie an anderen vergleichbaren Orten in Deutschland.“¹⁹ Die Umweltbehörde Hamburg hat in der rot-grünen Regierungszeit verschiedene Anläufe im Bundesrat und bei der Umweltministerkonferenz unternommen, um solche Risiken in Deutschland und im EU-Raum zu vermindern, ohne dabei große Erfolge zu erzielen.

Ein weiteres Problem in Großstadtreionen wie Hamburg besteht darin, dass durch die Versiegelung großer Flächen die anfallenden Regenmengen zu einem erheblichen Teil in die Ka-

¹⁷ Vgl. Kursbuch Umwelt, a.a.O., S. 128f.

¹⁸ Vgl. Kursbuch Umwelt, a.a.O., S. 189

¹⁹ Kursbuch Umwelt, a.a.O., S. 196

nalisation und dann über die Flüsse ins Meer gelangen, die dann für die Neubildung von Grundwasser fehlen. Im Falle von Hamburg wird von der Umweltbehörde zudem die Gefahr diagnostiziert, dass die Schadstoffe, die zusammen mit dem Regenwasser in die Fließgewässer gespült werden, deren Wasserqualität erheblich beeinträchtigen können.²⁰ Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, warum in einer Metropole wie Hamburg die Beobachtung, dass es viel regnet, nicht zu dem Schluss verleiten darf, es gäbe auch zukünftig keinen Mangel an sauberem Trinkwasser.

Hier sei abschließend wenigstens noch kurz ein weiteres Problem genannt, die Schadstoffe, die über die Luft und Niederschläge in den Wasserkreislauf geraten. Der „saure Regen“ ist die bekannteste Form solcher Belastungen. Vor allem Seen, die früher zur Gewinnung von Trinkwasser dienten, fallen inzwischen vielerorts als Versorgungsmöglichkeit aus, weil die Schadstoffbelastung zu groß ist. Aber auch in den oberen Erdschichten und damit im oberflächennahen Grundwasser sind die Belastungen nachweisbar und ein großes Risiko für die Qualität des Trinkwassers.

Wassersparen lohnt sich

Angesichts der begrenzten Wasservorräte in der Region gehört es zu den großen Erfolgen der Hamburger Behörden, der Wasserwerke, der Industrie und der Haushalte, dass die Wasserförderung seit 1980 um rund 60 Prozent gesenkt werden konnte. Einen wesentlichen Anteil daran hat die Industrie. Industrieunternehmen haben wassersparende Produktionsverfahren eingeführt und betriebsinterne Wasserkreisläufe aufgebaut, die es ermöglichen, Wasser mehrfach zu nutzen. Diese Einsparungen haben den Effekt gehabt, dass die Grundwasserstände in tiefen Grundwasserleitern in vielen Stadtteilen wieder merklich angestiegen sind.²¹ Ein weiterer Erfolg war Ende 2002 zu vermelden. Die Norddeutsche Raffinerie, früher als „Dreckschleuder“ bezeichnet und Gegenstand vieler kritischer Kampagnen und Medienbeiträge, hat neben anderen Umweltschutzmaßnahmen auch in ein Wasseraufbereitungssystem investiert, das es ermöglicht, Elbwasser zu nutzen und auf Grundwasser zu verzichten.²² Solche positiven Entwicklungen verdienen Anerkennung. Sie sind vor allem ein Ergebnis einer verantwortlichen Unternehmensleitung, aber auch darin begründet, dass die Kritik von Umweltschutzorganisationen und hartnäckige Verhandlungen der Behörden Wirkung gezeigt haben.

Auch der private Verbrauch von Trinkwasser hat abgenommen. Betrug er in Hamburg 1992 noch 136 Liter, so war er 2002 auf 120 Liter gesunken. Er nimmt weiter ab und liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zum Jahre 1980 ist die Trinkwassermenge um 20 Prozent gesunken. Dazu haben die vielfältigen Initiativen der Wasserwerke zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit wesentlich beigetragen. Ein „WasserBus“ und ein Ausstellungs- und Bildungszentrum, das „WasserForum“ sind hierfür besonders wichtig.²³ Angesichts solcher Erfolge wehren die HWW sich dagegen, wenn EU-weit Preisvergleiche angestellt werden, ohne die verbrauchte Wassermenge pro Kopf der Bevölkerung zu berücksichtigen. Da etwa 80 Prozent der Kosten weitgehend unabhängig von der gelieferten Wassermenge entstehen (z.B. für den Bau und die Wartung von Leitungen) ist klar, dass in Ländern, wo

²⁰ Vgl. Kursbuch Umwelt, a.a.O., S. 80

²¹ Vgl. Kursbuch Umwelt, a.a.O., S. 141

²² Vgl. Hamburger Abendblatt, 16.10.2002

²³ Das WasserForum ist das größte Wassermuseum Norddeutschlands. Ob es in dieser Form nach einer Privatisierung noch fortgeführt werden würde, kann bezweifelt werden, nachdem der Hamburger Stromversorger HEW nach seiner Privatisierung sein sehr beliebtes Museum und Bildungszentrum Electrum geschlossen hat, um Kosten zu sparen.

pro Haushalt sehr viel Wasser verbraucht wird, der Kubikmeterpreis relativ niedrig ist.²⁴ Einem Wasserunternehmen, das seine Kunden systematisch zum Wassersparen ermutigt und dabei technisch berät, dann vorzuhalten sein Kubikmeterpreis sei höher als der Preis bei einem Konkurrenten, der alles tut, um möglichst viel Wasser abzusetzen, ist unsinnig und unter ökologischen Gesichtspunkten unverantwortlich. Dass die HWW es geschafft haben, trotz sinkender Absatzmenge die Preise pro Kubikmeter seit 1996 konstant zu halten, ist ein überzeugender Beleg dafür, wie effizient kommunale Wasserunternehmen arbeiten können. Der Preis liegt mit 1,37 Euro deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 1,70 Euro.²⁵

Im Blick auf Einsparungen bei der Hamburger Wasserversorgung ist auch zu erwähnen, dass im 5.500 Kilometer langen Leitungsnetz der HWW nur fünf Prozent des Wassers nicht bei den Kunden ankommen, also durch Leckagen verloren gehen.²⁶ Damit liegt Hamburg weit vor anderen Großstädten. Der Vergleich mit dem privatisierten Londoner Wasserunternehmen Thames Water (das inzwischen zum RWE-Konzern gehört) ist eindeutig. Dort belaufen sich die Wasserverluste auf deutlich weniger als 5 Prozent.

Auch in Hamburg sind weitere Einsparungen des Wasserverbrauchs möglich und erforderlich. So ist zu erwarten, dass die Installation von Wasserzählern in denjenigen Mietwohnungen, in denen sie bisher fehlen, bis 2004 zu einem weiteren Absinken des privaten Verbrauchs führen wird. Es wird erhofft, durch diese und andere Maßnahmen den Pro-Kopf-Verbrauch in Hamburg auf 110 Liter pro Einwohner zu vermindern, ein Spitzenwert unter den Metropolen der Welt. Allerdings, solche Bemühungen stehen diametral allen Bestrebungen entgegen, mit der Wasserversorgung möglichst viel Geld zu verdienen. Es ist kein Zufall, dass international tätige private Wasserversorgungsunternehmen wie Vivendi nicht zu den Vorreitern des Wassersparens gehören.

Wassersparen – noch sinnvoll?

Aber muss in einer Stadt wie Hamburg überhaupt Wasser gespart werden? Diese Frage wird in der Wasser- und Abwasserbranche durchaus diskutiert, weil der sinkende Wasserverbrauch einige technische Probleme aufwirft, zum Beispiel weil das für den heutigen Bedarf nicht selten überdimensionierte Leitungsnetz zu einer zu niedrigen Fließgeschwindigkeit der Abwässer führen kann. Dieses Problem lässt sich zwar technisch lösen, aber das ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden, so dass es einfacher erscheint, wieder zu einem höheren Wasserverbrauch zu ermutigen und so sogar noch höhere Einnahmen zu erzielen.

Dass dies aber nur ein kurzfristiges Denken ist, zeigt sich exemplarisch an der Hamburger Wasserversorgung. Das jetzige Niveau der Versorgung beruht darauf, dass weiterhin 40 Prozent des Wassers aus oberflächennahen Wasserleitern entnommen werden kann und dass eine größere Menge des kostbaren Nasses aus der Nordheide nach Hamburg gepumpt wird. Angesichts der erwähnten zahlreichen Altlasten im Hamburger Boden ist es sinnvoll, die Abhängigkeit von oberflächennah gewonnenem Wasser zu reduzieren (und selbstverständlich gleichzeitig die Risiken einer Schädigung systematisch zu vermindern).

Im Blick auf die Auswirkungen der Wasserentnahme in der Nordheide südlich von Hamburg gibt es zwei diametral entgegengesetzte Bewertungen. Die Hamburger Wasserwerke stufen

²⁴ Vgl. Hanno Hames: Wasserversorgung nicht zerreden!, in: Andreas Dally (Hrsg.): Wasser & Wirtschaft, Handlungsoptionen gegenüber dem Liberalisierungsdruck, Evangelische Akademie Loccum, Loccum 2002, S. 64

²⁵ Hamburger Abendblatt, 19.6.2002

²⁶ Kursbuch Umwelt, a.a.O., S. 143

die Entnahme als ökologisch unbedenklich ein. Die Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide (IGN) berichtet hingegen, dass der Wasserspiegel in der Umgebung des Wasserwerkes sinkt und die Bäche selbst bei ergiebigem Regen weniger Wasser führen. Bereits 1999 wurde ein Absinken des Grundwasserspiegels um 40 Zentimetern diagnostiziert.²⁷ Die HWW sind vertraglich berechtigt, bis zu 25 Millionen Kubikmeter im Jahr zu gewinnen, haben sich aber in den zurückliegenden Jahren auf 15 bis 16 Millionen Kubikmeter beschränkt. Aber die IGN sieht schon diese Menge als zu groß an und protestierte heftig dagegen, als die HWW-Förderung im Jahre 2002 auf 20 Millionen Kubikmeter erhöht wurde.²⁸ Der bisherige Vertrag läuft bald aus, und die HWW möchten ihn mit einem Volumen von 20 Millionen Kubikmetern im Jahr für den Zeitraum 2005 bis 2035 verlängern. „Hamburg braucht das Wasser“, erklärt HWW-Chef Hames.²⁹ Die IGN lehnt solche Pläne schärfstens ab und findet dabei bei den Umweltschutzorganisationen BUND und NABU Unterstützung.³⁰

Angesichts solcher Probleme wäre es verantwortungslos, die These zu verbreiten, es gäbe längerfristig genug Trinkwasser für Hamburg und Wassereinsparungen seien überflüssig. Zu erwähnen ist schließlich, dass die HWW 40 Prozent des Trinkwassers aus den Werken außerhalb Hamburgs deckt.³¹ Selbst wenn man die HWW-Versorgung von Umlandgemeinden einrechnet, bleibt die Tatsache bestehen, dass die Hansestadt ohne die Wasserlieferungen aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen rasch unter Wassermangel leiden würde.

Privatisierungsdebatte in Hamburg

Bisher gehören die HWW und ihr Geschäftsführer Hanno Hames unüberhörbar zu den Verfechtern einer kommunalen Wasserversorgung und zeigen sich skeptisch bis ablehnend gegenüber Privatisierungsbestrebungen im Wasserbereich. Im Geschäftsbericht 2002 wird auf die Forderung von Nichtregierungsorganisationen nach einem Menschenrecht auf Wasser eingegangen: „Diese Forderung richtet sich vor allem auf die gesicherte Verfügung über ausreichend Wasser in Drittweltländern zu Bedingungen, die auch für die armen Bevölkerungsmehrheiten Wasser nicht zum Luxusgut werden lassen. Sie berührt damit die Kriterien internationaler Wirtschafts- und Finanzorganisationen für die Entwicklung der Wasserinfrastruktur und die Frage ausschließlich profitorientierter Aneignung von Ressourcen und deren Kontrolle.“³²

In dem Geschäftsbericht heißt es dann u.a. im Blick auf die Situation in Deutschland: „... gilt es, einer Monetarisierung der Wasserversorgung unter Preisgabe des bislang in der Wasserwirtschaft verbindlichen Kodex entgegenzuwirken“³³. In dem Geschäftsbericht tauchen verschiedene der Argumente auf, die auch von anderen Gegnern einer Privatisierung immer angeführt werden. Auch bei einem Vortrag in der Evangelischen Akademie Loccum im Februar 2001 vertrat HWW-Geschäftsführer Hanno Hames diese Linie: „Die Wasserversorgung stellt eine langfristig angelegte Daseinsfürsorge auf qualitativ hochwertigem Niveau bei sozialverträglichen Preisen mit Verantwortung für die lokale und regionale Wasserwirtschaft und den Schutz der Umwelt dar. Kurzfristige Gewinnmaximierung ist mit diesen Zielen nicht vereinbar... Die Kunden als Bürger sind in gewisser Weise Eigentümer der Wasserversorgungsanlagen in ihrem Versorgungsgebiet. Deshalb sollte in den Kommunen mit mehr Ver-

²⁷ Vgl. Harburger Anzeiger und Nachrichten, 22.11.1999

²⁸ Vgl. Harburger Anzeiger und Nachrichten, 26.6.2002

²⁹ Vgl. Harburger Anzeiger und Nachrichten, 19.7.2002

³⁰ Vgl. Hamburger Abendblatt, 10.12.2002

³¹ Vgl. Geschäftsbericht 2001, S. 36

³² HWW-Geschäftsbericht 2001, S. 10

³³ Ebenda

antwortungsbewusstsein als nur mit einem Blick auf die Deckung der jeweiligen Haushaltslücke gehandelt werden. Es darf nicht zu einer kurz- und langfristigen Substanzschwächung der kommunalen Wirtschaft kommen. Das gesellschaftliche Kapital, das in der öffentlichen Wirtschaft verwirklicht ist, muss erhalten werden.“³⁴

Bundesweite Aufmerksamkeit in der Branche löste im Herbst 2001 der HWW-Austritt aus dem Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) aus.³⁵ HWW-Geschäftsführer Hanno Hames begründete dies mit der Haltung des Verbandes in Privatisierungsfragen: „Trotz vieler Bemühungen, die Interessen der Wasserwirtschaft im BGW besser zur Geltung zu bringen und der Auslieferung der Wasserversorgung an Marktinteressen entgegenzuwirken, muss ich weiterhin eine unklare, widersprüchliche und an Einzelinteressen ausgerichtete Verbandspolitik feststellen... Wir halten es für sinnvoll, eine deutliche Positionsbestimmung der deutschen Wasserwirtschaft gegenüber Politik und Öffentlichkeit zu erreichen, die sich den Grundsätzen der Nachhaltigkeit, der hohen Produktqualität und dem Gewässerschutz aus Verantwortung für die Verbraucher und für die Zukunft verpflichtet fühlt. Dies darf nicht Lippenbekenntnis bleiben angesichts von Interessen, die vorrangig auf Marktmacht und Gewinnerzielung setzen.“³⁶ Auch in der HWW-Verbraucherzeitschrift „Wasser-Magazin“ wird immer wieder auf die Privatisierungsfrage eingegangen und in einem Beitrag über die globale Trinkwasserknappheit wird zum Beispiel unter der Zwischenüberschrift „Hilfe nur für Besserverdienende?“ kritisch auf die bisherige Förderpolitik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds im Wasserbereich eingegangen.³⁷ In einem Beitrag vom Mai 2001 wird klar Position bezogen. Es heißt über das Trinkwasser: „Es sollte ein Quell der Gesundheit bleiben und nicht ein Quell beliebiger Bereicherung werden. Deshalb sind die HWW ein erklärter Gegner einer sogenannten Liberalisierung oder Marktöffnung der Wasserversorgung.“³⁸

Trotz solcher eindeutigen Positionen ist es in den letzten Jahren immer wieder zu Gerüchten und Debatten über eine HWW-Privatisierung gekommen.³⁹ 2002 hat diese Debatte eine neue Aktualität gewonnen, weil im Senat angesichts von Haushaltsproblemen darüber beraten wurde, ob man die Wasserwerke als ein besonders wertvolles Stück des verbliebenen „Tafelsilbers“ der Stadt verkaufen sollte. In der Hamburger Lokalpresse war bereits im Sommer 2002 zu lesen, dass ein großes Interesse von Konzernen wie RWE und EON sowie in Frankreich und Großbritannien an einer Übernahme bestünde.⁴⁰ Auch ein HWW-Aufsichtsratsmitglied bestätigte, es gäbe Firmen, die an der Übernahme von Anteilen der Hamburger Wasserwerke interessiert seien.⁴¹ HWW-Geschäftsführer Hames mochte eine Privatisierung auch nicht mehr ausschließen, erwähnte aber auch seine skeptische Einstellung: „Wasser sollte unter demokratischer Kontrolle bleiben und nicht unter das Diktat von Aktienkursen gestellt werden.“⁴² Ein Sprecher der Umweltbehörde versuchte, den Gerüchten über einen bevorstehenden Verkauf der Wasserwerke entgegenzutreten: „Ein Verkauf ist bis heute definitiv nicht geplant. Wasser ist ein Lebensmittel. Wir möchten damit keine Experimente eingehen.“⁴³

³⁴ Hanno Hames: Wasserversorgung nicht zerreden!, a.a.O., S. 66

³⁵ Vgl. die tageszeitung, 3.8.2001

³⁶ Im Internet zu finden unter www.wasser.de/aktuell/beitraege

³⁷ Vgl. Wasser-Magazin, November 1999, S. 19

³⁸ Wasser-Magazin, Mai 2001, S. 4

³⁹ Vgl. hierzu zum Beispiel eine Pressemitteilung des Hamburger Landesverbandes der Umweltschutzorganisation BUND vom 21.3.2000

⁴⁰ Vgl. Hamburger Abendblatt, 19.6.2002

⁴¹ Vgl. die tageszeitung, Hamburg-Teil, 29.11.2002

⁴² Vgl. Hamburger Abendblatt, 19.6.2002

⁴³ Ebenda

Allerdings, als die Steuerschätzungen gegen Ende des Jahres immer ungünstiger wurden, gab es erneute Gerüchte über einen HWW-Verkauf. Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) erwies sich zu diesem Zeitpunkt trotzdem als Gegner einer Privatisierung. Zwar wollte er sich nicht direkt zur Frage äußern, welche Staatsbeteiligungen und staatlichen Unternehmen verkauft werden sollten, aber sein folgender Satz wurde als Signal verstanden, dass die HWW, die Gewinn erwirtschaften, nicht auf der Verkaufsliste stehen: „Je profitabler ein Unternehmen, desto geringer meine Neigung, es zu verkaufen.“ Die ertragreichsten Wasserwerke wurden in der Lokalpresse als „Peiners Liebling“ titulierte.⁴⁴ Nach Ansicht der GAL besteht aber weiterhin die Gefahr einer Privatisierung der HWW. Die Grünen forderten den Senat auf, sich mit den Erfahrungen bei der Wasserprivatisierung in England zu befassen.⁴⁵ Die Debatte in Hamburg zeigt beispielhaft, wie die negativen Konsequenzen von Wasserprivatisierungen in Ländern wie Großbritannien ein Begründungsproblem für die Verfechter der Privatisierung in Deutschland geschaffen haben.⁴⁶ HWW-Chef Hames verweist in diesem Zusammenhang auch auf die negativen Privatisierungsergebnisse in Argentinien und Bolivien.⁴⁷ Ob solche Argumente auf die Dauer eine Privatisierung der Wasserversorgung in Hamburg verhindern werden, bleibt angesichts einer chronischen öffentlichen Finanzkrise abzuwarten.

Die HWW-Privatisierungsdebatten lösten bei Umweltverbänden Proteste aus, so beim Landesverband Hamburg des Naturschutzbundes. Der Geschäftsführer der Organisation, Stephan Zirpel, erklärte: „Der Hamburger Senat riskiert mit der Privatisierung ganz bewusst englische Verhältnisse in Hamburg.“ Er nahm damit Bezug auf die ausgesprochen negativen Auswirkungen der Privatisierung der englischen Wasserbetriebe, die sich vor allem in steigenden Preisen und häufigen Qualitäts- und Versorgungsproblemen zeigen. Zirpel sah voraus, dass die privaten Wasserversorger die Schadstoffbelastungen bis an die Grenzwerte zulassen würden, um Kosten zu sparen. Er fügte hinzu: „Wir befürchten außerdem, dass auch der Anspruch an einer nachhaltigen Wasserversorgung, von denen auch die kommenden Generationen profitieren, sehr stark leiden wird, denn die privaten Wasserversorger werden nur das Ziel der maximalen Gewinnausschüttung verfolgen und nicht zukunftsfruchtig in das Versorgungsnetz investieren.“⁴⁸

Im Februar 2003 nahm die Privatisierungsdebatte in Hamburg eine neue Dynamik an. Einerseits zeigte EON Interesse am Kauf der HWW, nachdem der Konzern bereits den Hamburger Gasversorger Hein Gas übernommen hatte. Andererseits zeigten die HWW Interesse am Erwerb des EON-Tochterunternehmens Gelsenwasser, denn der Konzern steht unter Druck, seine Gelsenwasser-Anteile nach der Fusion mit Ruhrgas zu verkaufen. Dies war eine Auflage des Wirtschaftsministeriums für die Erlaubnis zur Fusion trotz der Ablehnung durch das Kartellamt und Gerichtsurteilen gegen den Zusammenschluss. Wie ein HWW-Erwerb von Gelsenwasser finanziert werden soll, war zunächst nicht geklärt. Denkbar erschienen eine Finanzierung über Kredite oder aber eine Teilprivatisierung der Hamburger Wasserwerke und

⁴⁴ vgl. Hamburger Abendblatt, 30.11.2002

⁴⁵ Vgl. Hamburger Abendblatt, 29.11.2002

⁴⁶ Dies wurde zum Beispiel auch in einer Presseerklärung des Landesverbandes Hamburg der Umweltschutzorganisation BUND deutlich, in der diese Organisation und das Eine Welt Netzwerk Hamburg sich am 22.3.2001 gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung aussprachen und dabei ausdrücklich auf die negativen Erfahrungen mit der Privatisierung in England und Wales hinwiesen. Sibylle Weingart, Projektleiterin im Eine Welt Netzwerk Hamburg zog die folgende Konsequenz: „Das wichtigste Lebensmittel und die hohe Qualität des deutschen Trinkwassers dürfen nicht dem Renditestreben ausgesetzt und zum Spielball von neoliberalen Machtexperimenten werden, nicht hier in Norden und auch nicht in den Ländern des Südens.“

⁴⁷ Vgl. Hamburger Abendblatt, 19.6.2002

⁴⁸ Pressemitteilung des Landesverbandes Hamburg des Naturschutzbundes Deutschland vom 29.11.2002

der Einsatz der Erlöse für den Kauf.⁴⁹ In der Presse war von einem Gelsenwasser-Verkaufspreis von 1,5 Milliarden Euro die Rede, und der HWW-Geschäftsführer Hannes Hames wurde mit den Worten zitiert: „Ich verfolge eine Wachstumsstrategie und möchte Gelsenwasser übernehmen.“⁵⁰ Außerdem wurde berichtet, die Hamburger Wasserwerke führten Gespräche zur Übernahme von zwei weiteren deutschen Wasserunternehmen.⁵¹ Der HWW-Geschäftsführer erklärte zudem, man führe Verhandlungen über die Übernahme des Wasserwirtschafts-Managements von sieben Städten in Polen.⁵² Hames wollte offenkundig das eigene Unternehmen zum starken Akteur auf dem nationalen und internationalen Wassermarkt machen. Zu den Zielen von Gewinn und Nachhaltigkeit stellte er im Dezember 2002 in einem Interview fest: „Wir arbeiten so, dass wir die Anlagen als gesichertes Kapital an die nachkommende Generation weitergeben. Selbstverständlich wollen unsere Eigentümer einen angemessenen Gewinn für das von uns eingesetzte Kapital haben. Gewinn kann aber bei nachhaltigem Handeln nicht Profitmaximierung zu Lasten der Ziele des Versorgungsauftrages bedeuten. Unsere Stärken liegen eben darin, dass wir als Betreiber wirtschaftliches Denken und nachhaltiges Handeln miteinander vereinbart haben.“⁵³ Ob sich diese Ziele verwirklichen ließen, wenn es zu einem „Ringtausch“ zwischen HWW und EON gekommen wäre, muss bezweifelt werden. Es gab Überlegungen, dass die HWW von EON dessen Gelsenwasser-Anteile erwerben und EON dafür mit 49 Prozent an den Hamburger Wasserwerken beteiligt würde.⁵⁴ Aber aus all dem wurde nichts, denn Gelsenwasser wurde im Sommer 2003 mehrheitlich von den Stadtwerken Bochum und Dortmund übernommen.⁵⁵

Eine Vorlage für eine Gesetzesänderung, die einen Verkauf oder Teilverkauf auf Dauer verhindert hätte, fand am 23. Mai 2003 in der Hamburger Bürgerschaft keine Mehrheit. Der Antrag hatte gelautet: „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss. Die öffentliche Wasserversorgung wird im vollständigen Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg betrieben.“⁵⁶ Am 2. September 2003 beschloss der Hamburger Senat über eine Liste von Unternehmen, bei denen ein Verkauf von Anteilen möglich sein soll.⁵⁷ Auf dieser Liste werden auch die Hamburger Wasserwerke aufgeführt. Die Debatten um eine Privatisierung oder Teilprivatisierung der HWW lösten bei Parteien und in der Öffentlichkeit Proteste aus. So erklärte die SPD-Umweltexpertin Monika Schaal: „Wasser ist keine Ware, sondern ein gemeinsames Erbe. Es unterliegt dem Gebot der Nachhaltigkeit und nicht dem Gewinnstreben.“⁵⁸ Verschiedene Hamburger Initiativen, darunter attac-Hamburg, FIAN, Verbraucherzentrale und Eine-Welt-Netzwerk haben sich zum Aktionsbündnis „Unser Wasser Hamburg“ zusammengeschlossen.⁵⁹ Die Initiative wehrt sich gegen eine Privatisierung der HWW, aber auch dagegen, dass die Wasserwerke nun ihrerseits auf „Einkaufstour“ gehen. „Unsere Wasserwerke liefern beste Wasserqualität und sind vorbildlich beim Umweltschutz“, erklärte Beate Wutke für das Aktionsbündnis „Nur eine demokratisch kontrollierte Wasserversorgung in öffentlicher Hand garantiert, dass dies auch so bleibt! Das müssen wir Hamburger selbstverständlich auch anderen Kommunen zugestehen.“⁶⁰

⁴⁹ Vgl. Hamburger Abendblatt, 8.2.2003

⁵⁰ Vgl. Ebenda

⁵¹ Vgl. Die Welt, Hamburg-Teil, 7.2.2003

⁵² Vgl. Die Welt, Hamburg-Teil, 9.12.2002

⁵³ Die Welt, Hamburg-Teil, 6.12.2002

⁵⁴ Vgl. die tageszeitung, Hamburg-Teil, 14.2.2003

⁵⁵ Vgl. u.a. Financial Times Deutschland, 15.9.2003

⁵⁶ Zitiert nach Pressemitteilung des Arbeitskreises WasserBlicke vom 16.9.2004

⁵⁷ Senatsdrucksache 17/3280 des Hamburger Senats

⁵⁸ Zitiert nach: Hamburger Abendblatt, 19.2.2003

⁵⁹ Vgl. www.unser-wasser-hamburg.de

⁶⁰ Zitiert aus einer Pressemitteilung von Unser Wasser Hamburg, 14.2.2003

Das Aktionsbündnis führte als ersten Schritt für eine Volksinitiative gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung eine Unterschriftensammlung ein. Die Bürgerinnen und Bürger wurden gefragt: „Sind Sie dafür, dass Hamburgs öffentliche Wasserversorgung weiterhin vollständig Eigentum und unter uneingeschränkter Verfügung der Freien und Hansestadt Hamburg bleibt?“ Es ist in Hamburg allerdings ein weiter Weg, um über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid tatsächlich Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen. Am 22. Juli 2003 konnte „Unser Wasser Hamburg“ fast 22.000 Unterschriften für die Volksinitiative im Rathaus übergeben, weit mehr als erforderlich.

Den Kritikern hält der Hamburger Finanzsenator Wolfgang Peiner entgegen, dass er sich keine politische Mehrheit für einen Verkauf der Mehrheit an den Hamburger Wasserwerken vorstellen könne. Eine Teilprivatisierung wollte er in einem Fernsehinterview aber nicht ausschließen.⁶¹ Darauf reagierte Klaus Milewski vom Aktionsbündnis mit der Erklärung, er halte eine solche Position für „Augenwischerei“: „Denn unser Finanzsenator müsste eigentlich wissen, dass ein Privatunternehmen nur in ein Wasserwerk einsteigt, wenn es Profit machen kann. Dass aber gelingt ihm nur, wenn es – unabhängig von einer Minderheits- oder Mehrheitsbeteiligung – die Kontrolle über das operative Geschäft erhält. Das Resultat sind massive Sparmaßnahmen. Sie gehen typischerweise zu Lasten der Trinkwasserqualität, zu Lasten der Versorgungssicherheit und zu Lasten des Gewässerschutzes.“⁶²

Das Misstrauen der Gegner einer Privatisierung der Hamburger Wasserversorgung wurde durch die Berufung eines neuen Geschäftsführers noch bestärkt. Als Nachfolger für Hanno Hames, der am 31.12.2004 in den Ruhestand geht, wurde Michael Beckereit berufen, der in den 90er Jahren für Eurawasser tätig war, ein Tochterunternehmen des französischen Suez-Wasserkonzerns. Eurawasser war in dieser Zeit an der Privatisierung verschiedener ostdeutscher Wasserbetriebe beteiligt, u.a. in Potsdam, wo die Stadt nach heftigen Auseinandersetzungen den Vertrag kündigte, nachdem Eurawasser bald nach der Übernahme massive Wasserpreiserhöhungen durchsetzen wollte. „Unser Wasser Hamburg“ sah in der Berufung ein Signal in Richtung auf eine Privatisierung auch in Hamburg. Bei der Pressekonferenz, in der die Berufung offiziell bekannt gegeben wurde, erklärte der Hamburger Umweltsenator, der zugleich HWW-Aufsichtsratsvorsitzender ist: „Die Stadt wird an diesem Spitzenunternehmen die Mehrheit behalten.“⁶³ In einem Zeitungsbericht heißt es dann in indirekter Rede: „Eine Minderheitsbeteiligung sei jedoch möglich.“

Die Kritiker einer Privatisierungspolitik erwarten aber auch bei einer Teilprivatisierung negative Auswirkungen und verweisen auf die Erfahrungen in Berlin. Deshalb setzte „Unser Wasser Hamburg“ seine Bemühungen fort, über einen Bürgerentscheid eine Privatisierung oder Teilprivatisierung zu verhindern. Nächster Schritt auf diesem Weg war ein Volksbegehren, für das vom 23. August 2004 an zwei Wochen lang Unterschriften gesammelt wurden. Am Ende konnten im Rathaus Listen mit mehr als 167.000 Unterschriften übergeben werden, für einen Erfolg erforderlich gewesen wären nur knapp 61.000.

Dieser Erfolg war um so bemerkenswerter, als der Hamburger Senat in der Zeit der Unterschriftensammlungen öffentlich dieses Volksbegehren als überflüssig bezeichnete. Bürgermeister Ole von Beust wurde in der Presse mit den Sätzen zitiert: „Die Wasserwerke stehen

⁶¹ Vgl. Die Welt, Hamburg-Teil, 19.2.2003

⁶² Zitiert aus einer Pressemitteilung von Unser Wasser Hamburg, 21.2.2003

⁶³ Zitiert nach Hamburger Abendblatt, 10.7.2004

nicht zum Verkauf. Ich weiß nicht, was die Volksinitiative soll.“⁶⁴ Er und Finanzsenator Peiner erklärten, sie könnten das Volksbegehren sogar selbst unterschreiben, weil sie keinen Verkauf der Wasserwerke planten. Allerdings war der von der CDU gestellte Senat nicht bereit, die Wasserwerke offiziell aus der Liste der städtischen Betriebe zu streichen, die für eine Privatisierung in Frage kommen. Der Bürgermeister erklärte immerhin, dass „ethische Gesichtspunkte“ gegen eine Privatisierung von Grundnahrungsmitteln wie Wasser sprächen.⁶⁵

Die Glaubwürdigkeit des Senats hatte vorher dadurch gelitten, dass entgegen dem Ergebnis eines Bürgerentscheids am 29. Februar 2004 die städtische Krankenhausgesellschaft doch privatisiert wurde. Viele Unterstützerinnen und Unterstützer von „Unser Wasser Hamburg“ hoffen, dass sich der Senat angesichts eines erfolgreichen Bürgerentscheids gegen eine HWW-Privatisierung nicht erneut über den Bürgerwillen hinwegsetzen kann, ohne in den Ruf zu kommen, dass ihm die Auffassungen der Bürgerinnen und Bürger egal sind. Jürgen Arnecke von „Unser Wasser Hamburg“ konstatierte nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung: „Alles andere als ein unmissverständlicher Abschied von allen Privatisierungs- und Kommerzialisierungsplänen für die HWW wäre angesichts der enormen öffentlichen Unterstützung des Volksbegehrens ein Schlag ins Gesicht der Demokratie.“⁶⁶

Die Hamburger Bürgerschaft kann in einem Gesetz festlegen, dass ein Verkauf oder Teilverkauf der Wasserwerke ausgeschlossen ist, oder es wird voraussichtlich im Mai 2005 zu einem Bürgerentscheid in dieser Frage kommen. CDU-Fraktionschef Bernd Reinert wurde in der Presse so zitiert: „Bürgermeister und Finanzsenator haben deutlich gesagt, dass an einen Verkauf nicht gedacht wird. In dem Sinne werden wir auch in der Bürgerschaft keine Initiative ergreifen.“ Im „Hamburger Abendblatt“ wurde dies so kommentiert: „Sind also alle einer Meinung? Nicht ganz. Es gibt einen Senatsbeschluss, in dem die öffentlichen Unternehmen unter Verkaufsgesichtspunkten in vier Kategorien eingeteilt werden. Die Wasserwerke stehen in der zweiten Abteilung, bei der ein Minderheitsverkauf von bis zu 49,9 Prozent möglich ist. Um alle Zweifel zu beseitigen, könnte die Unions-Fraktion schlicht einen Beschluss gegen den Verkauf fassen.“⁶⁷ Das geschah zunächst nicht. Ein ungenannter Politiker sagte stattdessen gegenüber der Zeitung zu den nach seiner Auffassung zu niedrigen Hürden für den Erfolg von Volksabstimmungen: „Ein Kardinalfehler, dass wir uns darauf eingelassen haben.“ Demgegenüber hofft ein großer Teil der Hamburger Bürgerinnen und Bürger durch einen Bürgerentscheid eine private Kontrolle über die städtische Wasserversorgung verhindern zu können.

⁶⁴ Vgl. TAZ Hamburg, 21.8.2004

⁶⁵ Vgl. TAZ Hamburg, 3.9.2004

⁶⁶ Vgl. Pressemitteilung von Unser Wasser Hamburg vom 7.9.2004

⁶⁷ Hamburger Abendblatt, 11.9.2004